

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Wochentl. 10. — Haus-Ausgabe A mit Mittelteil: 10.75 M. Ausgabe B 15.25 M.
Wochentl. Volldoppelblatt. Teile der Einzelnummer 40 M.

Anzeigen: Einnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitung-Spalte aller Anzeigen 1.00 M. im Stellmetall 4.—. — Alle unbedeutlich geschriebene sowie durch handschriftliche aufgezeichnete Anzeigen können vor die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Neutrale Stimmen zum Genfer Unrecht

Hopenhagen, 17. Oktober. „Extrablatt“ schreibt in einem Artikel, der „Neubau“ überdrückt ist, nur oberflächlichen Frage u. o.: Die Entscheidung, die der Völkerbund getroffen hat, bedeutet den Höhepunkt einer Reihe wett-politischer Tatenfeiten, die sich auf dem sumptuosen Grunde des Verfaßter Friedens aufbauen. Mit der sehr langen Reihe von Entscheidungen gegenüber Deutschland wird beweist, daß Europa niemals Frieden erhält. Man kann dies ausdrücken wie man will, alle Alten können die Wahrheit nicht verschließen, daß man seit neun Kriegen und Aufständen vorbereitet. Dies geschieht von einer Institution, die errichtet wurde, um in der Welt Frieden zu schaffen. Die politische Republik wird niemals gelingen, das in Europa Frieden herstellt. Ihr Name ist Erwerbung und Krieg, Unterdrückung und Hass. Keiner von den Gesetzten, der die Grundlage für das große Friedenswerk nach dem Kriege haben sollte, hat Lust daran zu gehen, die die Förderung der Macht zum Zweck haben, ohne Rücksicht auf die übrige Welt und auf die Wahl der Mittel. Es steht fest, daß Polen Frankreichs Herzog ist, um Deutschland am Herzen zu treffen und zu unterdrücken. Es ist mehrheitlich für Deutschland, aber nicht mehrheitlich als für Frankreich selbst und für das ganze europäische Festland.

Madrid, 17. Oktober. „ABC“ bringt einen sahnenartigen Artikel über Oberschlesien unter der Überschrift „Teutonische Lösung“ und sagt darin, die Entscheidung des Völkerbundes ist widerstreit der klaren Willensabstimmung Oberschlesiens und bedeute einen Gewaltakt. Oberschlesien werde zerstört, ohne Rücksicht auf Gerechtigkeit, Vernunft und den Willen seiner Einwohner, die zum Schaden Europas der besseren Ausnutzung des Schlesischen Reichsraums bedienen, um den durch den Krieg verursachten Schaden wieder auszumachen, der durch diejenigen herverursacht sei, welche heute weiter zusätzlichen und neue Katastrophen vorbereitet.

Der schwerste Schlag für den Frieden

London, 17. Oktober. „Westminster Gazette“ veröffentlichte von Edo Flamm, Hobson, Kenworthy, Donquet, Sir George Poole und Lord Parry unterzeichnetes Schreiben, in dem diese als Teilnehmer an der internationalen Wirtschaftskonferenz, die in den letzten Woche hier stattfand, versichern, die Völkerbundentscheidung in der oberschlesischen Frage sei ein neuer, vielleicht der schwerste Schlag für die Aussichten auf den Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Lord George habe im Unterhaus am 20. Juli erklärt, daß es einen beträchtlichen Unterschied für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands machen würde, wenn das wichtige oberschlesische Kohlengebiet aus Deutschland herausgetrennt und Polen ausgeschändigt würde. Die Unterzeichner des Schreibens erklären, es sei vollkommen klar, daß der jetzt drohende Verlust die Fortdauer des deutschen Bauens in der augenblicklichen Höhe unmöglich mache. Die vorbeschlagene Grenzlinie spreche Polen die gesamten oberschlesischen Zinn-, Blei- und Eisenlager zu und annähernd neun Dritteln des oberschlesischen Kohleerzeugungs. Die Aussichten auf Frieden in Oberschlesien selbst, Aufrechterhaltung der Ordnung und einer demokratischen Regierung in Deutschland, der Erfolg der Washington Konferenz und eines durch die Aufnahme Deutschlands gestalteten Völkerbund scheint gestört. Der Tag, an dem Deutschland unfähig sein werde, seine Reparationen zu zahlen, sei viel näher gerückt worden.

Zum Schluß des Schreibens heißt es, niemand werde mit den Vorschlägen des Völkerbundes weniger einverstanden sein, als die oberschlesische Bevölkerung selbst, und zwar weder der deutsche noch der polnische Teil der Bevölkerung. Es würde daher, wenn die Entscheidung angenommen werden sollte, nur recht und billig sein, wenn zugleich eine neue Abstimmung vorgeschlagen würde, durch die die Bevölkerung Oberschlesiens die Möglichkeit erhielte, zu wählen, erstens zwischen der Teilung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, zweitens einem ungeteilten deutschen Oberschlesien, drittens einem ungeteilten polnischen Oberschlesien und viertens einem unabhängigen Oberschlesien unter Leitung des Völkerbundes.

Die Entscheidung verzögert

Paris, 17. Oktober. Die Signierung der Vollschafterkonferenz, die heute nachmittag wegen der Inkraftsetzung der Empfehlung des Völkerbundes über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde vertagt. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen, und man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Walling, Lord Hardinge, der an den letzten Sitzungen der Konferenz nicht teilnahm, sehr morgen nach Paris zurück.

Paris, 17. Oktober. Über die Gründe der für vormittag angestrebten, dann aber auch am Nachmittag vertagten Signierung der Vollschafterkonferenz berichtet das „Journal des Débats“, daß die Delegierten von ihren Regierungen noch keine Besprechungen über die Art der Anwendung des Schiedsspruchs des Völkerbundes erhalten haben. In einer offenbar habamtischen Auslösung sagt das Blatt, die Meinungen verschiedenheit zwischen den englischen und französischen Regierung seien nicht so groß, wie man annehmen könnte, und man glaube in diplomatischen Kreisen, daß die Frage des Verfahrens zu einer Einigung führen werde und daß die Anerkennung des Genfer Beschlusses durch die Vollschafterkonferenz in einer der nächsten Sitzungen erzielt werde. Die französische Regierung habe weniger als jede andere daran gedacht, die Notwendigkeit, sowohl die Genfer Entscheidung als auch das wirtschaftliche Abkommen in die Praxis umsetzen zu lassen, zu betonen. Wenn die französische Regierung vorschlägen habe, zuerst die Genfer Entscheidung zu notifizieren und ab dann Polen und Deutschland aufzulösen, den Entwurf des wirtschaftlichen Abkommens anzunehmen, so habe sie nicht ohne Grund geahnt, daß Deutschland die Tatsache anführen könnte, der Friedensvertrag enthalte nichts über die Eventualität eines wirtschaftlichen Abkommens. Außerdem habe die englische Regierung keinen Grund, die Absichten der französischen Regierung zu bezweifeln und zu glauben, daß sie nicht die Regierung in Paris veranlassen werde, sowohl die wirtschaftliche Regelung als auch die Grenzlinie anzunehmen.

Protestkundgebung heimatreuer Oberschlesiener

München, 17. Oktober. In einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich eine heimatreuer alter politischen Parteien — von den Deutschnationalen bis zu den Reichsbildungssozialen — und von den Vereinigten Verbänden heimatreuer Oberschlesiener einberufene Protestversammlung gegen den Genfer Beschluß über Oberschlesien im überfüllten Wagnersaal. Dr. Seeliger (Nation) stellte die Einigkeit aller Parteien und Konfessionen in dieser schweren Stunde fest und schilderte die Not, die Oberschlesien durchgesetzt habe, und die noch größere, die nach Ausführung der Genfer Beschlüsse bevorstehen, die es als Zug und Zug bezeichnete. Es möge ein alles übersteuernder Saat nach Berlin bringen.

Zwischenfall in Hindenburg

Hindenburg, 17. Oktober. Am 16. Oktober 9½ Uhr abends wurde der 80 Jahre alte Schmied Paul Perle (Hindenburg) in der Stadtschule Witschau von einem französischen Soldaten nach einem vorhergegangenem Streit durch einen Revolverschuß in den Kopf getötet. Von dem Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch nicht völlig aufgeklärt ist, wurde sofort die interalliierte Kommission in Hindenburg benachrichtigt mit der Bitte um strenge Untersuchung. Der französische Soldat, der den Schuß abgegeben hatte, hat sich der Behörde gestellt. Er behauptet, von dem Getöteten angegriffen und geschlagen worden zu sein, während Anwesenheit des Vorfalls bestreitet, daß der französische Soldat in Notwehr gehandelt habe.

Sicherheitsmaßnahmen in Oberschlesien

Paris, 18. Oktober. Die Vollschafterkonferenz wählte eine Kommission, die alle Sicherheitsmaßnahmen in Oberschlesien treffen soll und die bereits nach Oppeln abgereist ist. Die in Oberschlesien befindlichen Entente-truppen sollen in den am meisten gefährdeten Punkten zusammengezogen werden.

Frankreich und das Kabinett Wirth

Paris, 17. Oktober. Der „Matin“ schreibt über die Lage in Deutschland, daß die Stellung des Reichskanzlers Wirth nicht und mehr erschüttert erscheine. Das Mandat, Dr. Stresemann an die Spire der Regierung zu bringen, habe jetzt Ansicht auf Eis. Es hande sich dabei um reinsteines Verlust. Das Wesentliche der oberschlesischen Frage steht jedoch nicht im Mittelpunkt; denn auch Dr. Stresemann werde gewünscht, sich zu unterstellen. Der Verlust, den Verbindungen erneut eine Politik bei bedingten Annahme zu betreiben, wäre in politischen Versammlungen leichter gehandelt, sei aber tatsächlich unlösbar. Solle jedoch ein ausgesprochen reaktionäres Kabinett aus Rüder kommen, so drochte man sich darüber keineswegs zu erregen. — Der „Tempo“ sucht nachzuweisen, daß die Teilung Oberschlesiens die Freiheit der deutschen Verpflichtungen nicht unmöglich mache. Deutschland bleibe auch nach der Teilung noch einer der allgemeinen Kohlenproduzenten. Im Übrigen habe Deutschland während einer ganzen Reihe von Jahren das freie Vergnügungsrecht über die oberschlesischen Bodenschätze. Aus diesem Grunde könne man in dem Berliner Protest nichts anderes sehen als ein Mandat Wirth seit einigen Monaten durchzuführen zu fordern.

Die Umbildung des Reichskabinetts

Eigener Druckbericht der „Sächs. Volkszeitung“
Berlin, 18. Oktober. Die in den letzten Tagen zwischen den Parteien geführten Verhandlungen über die Umbildung des Reichskabinetts haben noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt, doch besteht Ansicht, daß man in den nächsten Tagen zu einem Konsens gelangen wird. Die Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß eine vollständige Rebildung des Kabinetts erfolgen muß. Welche Partei den Reichskanzler stellen wird, steht noch nicht fest. Als postparteilichen Kreisen verlautet, daß man mit der Möglichkeit der Errichtung eines sozialdemokratischen Reichskanzlers rechne, umsonst als die Stellung der Mehrheitssozialdemokratie durch das jämmerliche Ergebnis der letzten Stadtvorordnetenwahl eine erhebliche Stärke erlangt hat, und zwar auch den Unabhängigen und Kommunisten gegenüber. Bemerklich würde die Deutsche Volkspartei in diesem Falle auf die Bezeichnung einzelner Fachministerien als Konsensur bestehen. Der „Tempo“ bemerkt hierzu: Wir möchten uns diesen Verdiensten gegenüber würdig abporträgen, doch können sie in jedem Falle, daß Dr. Wirth nicht wiedersehen wird.

Streik in Halle

Halle, 16. Oktober. Auf Veranlassung des Reichsverkehrsministers fanden in Halle über die im April statt aufgetretenen Differenzen Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium, der Eisenbahndirektion und den Vertretern der Zentralvorstände und Bezirksleitungen der Eisenbahngewerkschaft statt. Die von der Gewerkschaft aufgestellten Forderungen bewegten sich in der Hauptstadt auf folgender Grundlage: Sicherung des Arbeitstages, Aufstellung der Dienstpläne und Festsetzung von Beginn und Ende der Arbeit, der Arbeitszeit sowie der Pausen, unter gleichberechtigter Mitwirkung der Betriebs- und Beamteuräte. Die Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Vertreter des Ministeriums solche Forderungen ablehnten. Die Hauptvorstände der Eisenbahngewerkschaften werden nun zur Situation Stellung nehmen.

Halle, 17. Oktober. Heute stand in der Eisenbahngewerkschaft eine Urabstimmung über den Streik statt. Es gaben 1087 für und etwa 200 gegen den Streik.

Streik im Berliner Zeitungsgewerbe

Berlin, 18. Oktober. Die Berliner Zeitungsgewerbeorganisation überließ der Presse eine Erklärung, in der sie bekannt gibt, daß die Arbeiterschaft des Verlages „Mosaik“ Beharrungen geprägt hat, die über die bisherigen Vereinbarungen des Tarifausschusses hinausgehen, und deren Erfüllung innerhalb dreier Stunden verlangt wurde. Da der Verlag sich an den Tarif gebunden hat, die Arbeiterschaft jedoch irgendwelche tarifliche Anfang ablehnt, kann es am Sonnabend abend zum Streik. Diesem Vorgang gegenüber forderte die Berliner Zeitungsgewerbeorganisation die Berliner Zeitungsgewerbe auf, sich mit der betroffenen Firma sozialistisch zu erklären. Der größte Teil der heutigen Berliner Morgenzeitungen ist nicht erschienen.

Die Berliner Wahl

Die am Sonntag in Berlin vorgenommenen Stadtvorordnetenwahlen haben die Festigung der bisherigen sozialdemokratischen Mehrheit im Berliner Rathaus als wichtigstes kommunales wie allgemein-politisches Ergebnis gezeigt. Wenn auch zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, das amtliche Resultat noch nicht bekannt ist, so ergibt sich doch schon, daß etwa 845 000 bürgerlichen Stimmen ungefähr 825 000 sozialistischen Stimmen gegenüberstehen. Es würde sich sonach ergeben, daß die neue Berliner Stadtverordnetenversammlung eine schwache Mehrheit der Bürgerlichen geben würde, während das bisherige Verhältnis 125 Sozialisten gegen 100 Bürgerliche war.

Die Berliner Stadtvorordnetenwahlen haben eine weit über die Reichshauptstadt hinausreichende Bedeutung. Schon die ungewisse Woge der Einwohner mit etwa 4,5 Millionen und der Wahlberechtigten mit etwa 2,5 bis 3 Millionen gibt ein Spiegelbild über das Ausmaß dieser Wahlhandlung. Dazu kommt, daß in Berlin als dem Zentrum der Politik auch die jeweiligen politischen Strömungen einen ganz besondern ausgeprägten Charakter tragen. Schließlich ist zu beachten, daß bei der Eigentümlichkeit der heutigen Verhältnismäßigkeit, bei der nicht mehr der Abgeordnete, sondern die Partei als solche im Vordergrunde des Interesses steht, eine solche Wahl allgemein-politisch von einem besonderen Gewicht sein muß.

Die stärksten Gewinne haben die Deutschnationalen davongetragen. Ihre Stimmenziffer hat sich gegenüber der letzten Wahl um über 100 000 vermehrt. Ein beträchtlicher Verlust mußte die Deutsche Volkspartei buchen. Die ihr verloren gegangenen etwa 25 000 Stimmen sind restlos den Deutschnationalen zugute gekommen. Der übrige Gewinn von etwa 80 000 Stimmen für die Deutschnationalen erklärt sich einmal dadurch, daß die Partei der Rückwähler erheblich mobilisiert werden war, zum anderen könnte man aber auch die überaus bemerkenswerte Beistung machen, daß gerade in den arbeitsreichen Vierteln Berlin die Stimmen der Deutschnationalen erheblich zunahmen, während die der Unabhängigen und der Kommunisten in fast genau dem gleichen Maße zurückgingen. Daraus ergibt sich, daß, wie es in hochgepaukten politischen Zeiten oftmals zu beobachten ist, das Heil bei den Außenseitern gesucht wird. Wie sich der Radikalismus von links sehr oft in seiner oppositionellen Stellungnahme und vor allem in seiner Tätigkeit mit den Methoden und dem Verhalten des Pluralismus von rechts im Parlamente verhält, so glaubten diese Konservativen politisch besonders bereit zu sein, wenn sie sich nun jetzt einmal, wenn auch nur provisorisch, auf die ultrarechte Seite schlagen.

Ganz außerordentliche Verluste haben, wie bereits erwähnt, die Unabhängigen und die Kommunisten erlitten. Sie brachten in einzigen Stadtbezirken noch nicht einmal die Hälfte der Stimmen von ehedem auf. Die Mehrheitssozialdemokraten, ebenso die Demokraten haben einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen. Die Unabhängigen sind nicht mehr die stärkste sozialistische Partei in Berlin. Diesen Aufschwung kann jetzt die Mehrheitssozialdemokraten wieder erleben.

Die neue Deutschnationale Partei, die noch weiter rechts wie die Deutschnationalen steht, drohte es auf 12 000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung die Juni 1921 im Durchschnitt kaum 60 Prozent war, hat sich diesmal auf etwas 65 Prozent erhöht. Aber noch blieben mindestens 700 000 Wähler zu Hause!

Für die große Politik hat das Ergebnis von Berlin allerdings keine Bedeutung. Die Kommunalpolitik wird aber durch die neue Wahl entschieden beeinflußt. Allerdings besteht nach Lage der Dinge keine Aussicht, daß die sämtlichen bürgerlichen Parteien sich zu einem Bündnis gegen sämtliche sozialistischen Parteien zusammenfassen. Die Dinge werden vielmehr so kommen, daß die Berliner Stadtvorordnetenversammlung mit der großen Koalition von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten den Anfang macht. Der Sturz der sozialdemokratischen Mehrheit und der durch sie herbeigeführten ungebewohlichen gemeinschaftlichen Wirtschaftschaft ist aber schon als ein Erfolg des sozialdemokratischen Art zu buchen. Eine entschieden klare politische Willensmeinung des Volkes geht aber auch aus den heutigen Wahlergebnissen noch nicht hervor. Man sieht, wie wie noch immer in einem Nebengang auf und befindet, in welchen weiteren Schichten des Volkes noch nicht in der Lage sind, sich ein fest umrissenes politisches Urteil zu bilden.

Das vorläufige Wahlergebnis

Berlin, 17. Oktober. Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbüros sind bei den Stadtvorordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1 672 513 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 815 773 und auf die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfallen. Diese Zahlen sind errechnet worden, nachdem noch gestern abend die einzelnen Ergebnisse von Stunde zu Stunde durch Berichtigungen und Ergänzungen geändert worden waren. Im einzelnen entfallen auf die SPD 343 685, auf die USPD 323 085, auf die RPD 159 970 Stimmen, auf die Deutschnationale Volkspartei 288 988, die Deutsche Volkspartei 251 728, die Demokraten 122 917, das Zentrum 61 433, die Wirtschaftspartei 84 370, die Deutschnationale Partei 11 830, die Deutschnationale Wählerchaft 5078, den Ordnungsbund 9076, die Kreisvereinigung 9463 Stimmen. Danach werden die bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbündungen auch nur in gleicher Stärke mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einzutreten.